

Zeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Zeleg. Abdr.: Zeitung.
Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig.
Geldschilde; und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-
preis für Anzeigen im Textfeld beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Ercheinungsabende bis
9 Uhr, normittags.

Eröffnet wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat **0.90 RM.** frei
im Haus, einschließlich der Zeitungen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Wille“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungseilbeilage“,
sowie die Postankosten und Briefträger bezogen **1.20 RM.** Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer : Hauptschriftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

27. Jahrgang.

Donnerstag, den 13. September 1934

gerechte Preisspannen

Unter solches wirtschaftliches Leben beruht auf dem Produzenten. Ohne Verdienst keine Wirtschaft. Der Verdienst ist der Preisunterschied zwischen Erzeuger bezw. Unternehmer und dem Verkaufspreis. Dieser Unterschied ist nicht willkürlich hoch bemessen worden sondern muß sich gewissen Grenzen halten. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik bietet die Gewähr dafür, daß hier die Grenzen überschritten werden. Es ist einleuchtend, daß ein Preisunterschied aus dem Unterschied zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis zuerst einen Unkosten decken muß. Man hält sich nicht für raub, dem Käufer einer Ware die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis offen mit zu zeigen. Wer kauft, soll einen Kaufpreis erlegen muß, nicht weniger. Bei Urteil als Falsch in Bausch und Bogen zu legen einem in einem Falle die Preisspanne offen zu stellen ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, Mißbrauch und Fehler dadurch ein, daß man in der Behauptung seine Unterschiede zu machen weiß.

Was dem Arbeitsbereich des Handgewerbes ist ganz allgemein bekannt, welche Zinsen der bezahlen muß, der einen Kredit in Anspruch nimmt, der also von der Bank die Ware im Kreditform geliefert erhält. Andererseits weiß ein jeder, was die Bank selbst bezahlt, was sie an Zinsen vergütet, was ihr die Eingekaufte Ware Geld bringen. Wie schnell man da mit dem Urteil bei der Hand, daß die Zinsspanne gewissermaßen zu hoch sei!

Was der oberflächliche Beurtheiler hier zunächst über-
sehen ist die völlige Verschiedenartigkeit, die diese Kreditör-
gungen aufzuweisen haben. Der Einleger, der auf die tägliche
Verfügungsbereitschaft seiner Einlagebeträge hält, muß sich
mit entsprechend niedrigen Zinsen begnügen. Für Einlage-
beträge, die er langfristig zur Verfügung gestellt werden
läßt, kann die Bank dagegen wesentlich höhere Zinsen verab-
folgen. Umgekehrt bringt die Bank in der Ausleihung der Ge-
lde niedrigere oder höhere Sätze in Anlag. je nach dem zeit-
lichen und sicherheitsmäßigen Charakter, den der Kredit trägt.

Der oberflächliche Beurtheiler hält sich nun an die Zahlung, die die größte Spanne aufweisen. Er stellt dem niedrigen, für das täglich findbare Einlagegeld bewilligten Zinse die höchsten Zinssätze gegenüber, die bei Ausleihung der Bank überhaupt in Anschlag gebracht werden, und kommt dabei auf eine Zinsspanne von vollen 6 Prozent. Die Wirklichkeit haben die beiden Positionen gar nichts miteinander zu thun. Denn das Geld, das sie kurzfristig — also täglich und stündlich — für ihre Einglieder zur Verfügung stellen muß, kann die Bank keineswegs langfristig ausleihen. Das kurzfristig hereinzunehmende Geld muß das langfristig auszugeiehene Geld gegenübergestellt werden. Andererseits muß dem Zins, der für langfristig auszugeiehendes Geld vereinbart wird, der Zins gegenübergestellt werden, den die Bank für ihr langfristig hereinzunehmendes Geld heutzutage

Bei der besonderen Bedeutung, die die Ausleihung von
Schriftstücken und die dafür im Zins verlangte Ver-
gütung gerade heute für unser Wirtschaftsleben hat, ist es
sehr begrüßenswert, daß keine geringere Stelle als die
Landesbibliothek selbst es unternommen hat, die Zinspennen des
deutschen Bankgewerbes einer eingehenden Untersuchung zu
unterziehen, deren Ergebnisse im „Bank-Archiv“ der allge-
meinen Würdigung übergeben wurden.

Erfaßt wurden bei der Statistik der Reichsbank die gesamten Kreditgeschäfte von 669 Kreditinstituten. Diese Kreditinstitute umfassen die Staatsbanken, Landesbanken und Kommunalbanken ebenso wie das private Bankgewerbe, nämlich die Großbanken, die Provinzbanken und nicht weniger als 435 Privatbaniers.

Die von der Reichsbank durchgeführte Statistik stellt für die Gesamtheit der Aktiva- und Passivgeschäfte aller inländischen Kreditinstitute eine Zinspanne von rund 2 Prozent (genau 2,07 Prozent) fest. Von diesen 2 Prozent Zinsunterschied müssen die Banken zunächst ihre Unkosten begleichen. Sie müssen ihr Personal verlohren, müssen die Sachausgaben betreiben und schließlich das gerade in der Ausbeutungszeit ja nie völlig ausgleichende Risiko eintreten lassen. Erst kann an eine Vergütung des arbeitenden Eigenkapitals und schließlich erst an ein Verdienen gedacht werden.

Interessant ist es dabei zu sehen, wie die Zinsspanne bei den verschiedenen Gruppen der Bankunternehmungen voneinander abweichen. Die im langfristigen Einlagengeschäft zu erzielenden Zinsspannen sind in der Gruppe der privaten Bankgewerbes fast durchweg niedriger als bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten.

Die Reichsbank selbst stellt ganz allgemein über die Zinspanne fest: „Die Angemessenheit einer Zinspanne hängt nicht von ihrer absoluten Höhe sondern davon ab, ob sie die Verwaltungskosten und die notwendigen Abschreibungen deckt und inwieweit für den Fall, dass eine angemessene Verzinsung

sung des Eigenkapitals ermöglichen. Im Verneinung aller missprechenden Tatsachen gelangt man zu der Feststellung, daß das Kreditgewerbe unter dem Ausfluß der Kriensjahre ebenso mit unzulänglichen Bedingungen arbeiten mußte wie fast jeder andere Gewerbebetrieb auch.

Es wäre begrüßenswert, wenn auch andere Sparten der Wirtschaft und der Geschäftswelt mit ähnlichen, von authentischer Seite aufgestellten Statistiken über die Preisspanne, ihre gerechte oder ungerechte Höhe, hervorträten. Manche Mißstimmung und manches Mißverständnis würden vermieden.

Empfang der Diplomaten durch den Führer

Berlin, 13. September.

Aus Anlaß der Uebernahme des bisherigen Amtes des Reichspräsidenten durch den Führer und Reichkanzler sprachen die in Berlin beglaubigten fremden Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger dem Führer und Reichkanzler ihre und ihrer Regierungen Glückwünsche aus.

Der feierliche Empfang der Diplomaten durch den Führer fand im großen Saale des Reichspräsidentenpalastes statt, in welchem der verlorbene Reichspräsident General- feldmarschall von Hindenburg alljährlich am Neujahrstage die Vertreter der fremden Mächte zur großen Gratulations- cour zu empfangen pflegte. Kurz nach 12 Uhr begann die Aufahrt der Diplomaten, denen im Ehrenhof des Palais eine Abteilung Reichswehr militärische Ehrenbezeugungen erwies. In Begleitung des Führers und Reichsfanzlers be- fanden sich der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath, die Staatssekretäre Dr. M. E. K. v. v. Bülow und Dr. Lammer, der Chef des Pro- tocols Graf von Bassowicz sowie der militärische und persönliche Adjutant. Der Doyen des Diplomatischen Korps- her

Apostolische Nuntius Orsenigo,

richtete an den Führer eine französische Ansprache, die in
Üebersetzung wie folgt lautet:

„Herr Deutscher Reichskanzler! Das Diplomatische Korps freut sich, von Ihrer Person zu erscheinen, um dem unmittelbaren Nachfolger des hochverehrten Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg, dessen Andenken unauslöschlich in unseren Herzen eingeprägt ist, seine aufrichtige Gratulation und die besten Wünsche darzubringen.“

Durch unser heutiges Erscheinen möchten wir Eure
Ergellenz zum Ausdruck bringen, daß ein jeder von uns den
neuen Oberhaupt des Deutschen Reiches gegenüber dieselbe
Bezeugung der Ehrerbietung und die gleiche Versicherung
der gegenseitigen Zusammenarbeit, die er bereits anlässlich
der Ueberleitung seines Beglaubigungsschreibens ausge-
sprochen hat, heute erneuert.

Wir sind der Überzeugung, daß Euer Ergeßnis all unsere Bemühungen bei Erfüllung der edlen Mission, die unser Staatsoberhäupter uns anvertraut haben, angelegenstlich unterstützen werden, um die guten Beziehungen zwischen Deutschland und unseren Ländern aufrechtzuerhalten und so festigen und so zur Erhaltung des Friedens in der Welt beizutragen.

Wir wissen wohl, daß man nur durch das Erstarken des Geistes der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe in der Welt zu Befriedung der Völker gelangen kann. Un-
 wir sind glücklich darüber, daß Euer Excellenz zu wieder-
 holt Malen die Erklärung abgegeben haben, daß Deutsch-
 land, im Herzen Europas gelegen, fest entschlossen ist, ein
 wirksamer Faktor des Friedens zu sein.

Wir können bereits feststellen, mit welcher hingebenden Sorge Euer Excellenz in Ihrem neuen Amte daran arbeiten, Ihrem Vaterlande über die schmerzlichen Folgen der Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen und die Wohlfahrt des deutschen Volkes herbeizuführen.

So geben wir dem Wundhe Ausdruck, es möge Ihnen Vaterland unter der nimmehr in Ihren Händen vereinigen obersten Regierungsgewalt gegönnt sein, eine Wohlthat zu erreichen, die die innere Ruhe Ihres Landes gewährleisten kann. Wir wünschen auch, daß Deutschland den Beistand aller Güter einer höheren Ordnung, die den wahren Schatz einer jeden Nation bilden, immer mehr befähigt, die Wege der friedlichen Beziehung mit allen Völkern und Völkern zu betreten und die Vereinigung vorleben für die Größe Ihres künftigen Vaterlands, das Ihnen soeben das höchste Amt des Deutschen Reichs übertragen hat."

Der Führer und Reichsfinanzler

antwortete hierauf mit folgenden Worten: „Herr Nuntius! Euerer Excellenz danke ich aufs herzlichste für die Glück-

namste, die Sie mir im Namen des Diplomatischen Korps
aus Anlaß der Uebernahme des bisherigen Amtes des Reichs-
präsidenten ausgesprochen haben. Mit besonderem Danke er-
füllt es mich, daß Sie dabei noch einmal des verewigten
Herrn Reichspräsidenten Feldmarschalls von Hindenburg ge-
dachten. Die Erinnerung an ihn wird unausslöschlich im Her-
zen aller Deutschen weiterleben.

Sie haben, Herr Nuntius, der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ich Sie in Ihrer Aufgabe, die guten Beziehungen zwischen Ihren Ländern und Deutschland aufrechtzuerhalten und zu festigen, unterstützen werde. Es ist mein Wille

enge und aufrichtige Verbindungen zwischen Deutschland und den fremden Mächten zu erhalten und dadurch ein gegenseitiges Verstehen und Kennenlernen zu fördern, das die Zeit noch vielfach fehlt und das die Grundlage wechselseitiger Achtung und Anerkennung ist. Die großen Aufgaben, die wir uns gestellt und — wie Sie, Herr Runtius, selbst sagen — mit Erfolg in Angriff genommen haben, können wir nur lösen, wenn uns und der Welt der Frieden erhalten bleibt.

Auch heute und vor Ihnen, meine Herren Vertreter der fremden Staaten, erkläre ich, daß es das unentzerrbare Ziel meiner Politik ist, Deutschland zu einem freien Hof des Friedens zu machen. Nicht Macht und Gewalt sollen die Beziehungen unter den Völkern bestimmen sondern der Geist der Gleichberechtigung sowie die Achtung vor der Arbeit und Leistung eines jeden anderen Volkes. Unter dem Schutze dieses Friedens werden ich und mit mir die Reichsregierung alle Kräfte der geistlichen Wiederaufrichtung unserer unter den Nöten des Krieges und der Nachkriegszeit fast zusammengebrochenen Völkern, der inneren Neuordnung unseres Reiches und der Ueberwindung seiner wirtschaftlichen und sozialen Not widmen. Wenn wir diese Aufgaben zu lösen vermögen — und wir werden sie lösen — so dienen Deutschland nicht nur sich selbst sondern der ganzen Welt, und es trägt damit zu seinem Teil bei zum Wohle und zum Fortschritt der Menschheit.

Zu diesem Werke, das hoffen wir zuversichtlich, wird uns der Segen der göttlichen Vorsehung, den Sie, Herr Nussli, in so warmen Worten für uns anrufen, nicht verjagen! Ich bitte Sie, meine Herren, zugleich für Ihre Staats- überhäupter, Regierungen und Länder, meine aufrichtigsten Wünsche für eine glückliche Zukunft unser aller Völker entgegenzunehmen."

Nach dem Austausch der Ansprachen begrüßte der Führer und Reichskanzler die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und nahm deren Glückwünsche entgegen.

Während des Empfangs hatte sich in der Wilhelmstraße eine zahlreiche Menge angelagert, welche die Auffahrt der Diplomaten mit Interesse verfolgte und mit freundlichen Begrüßungen begleitete. Als nach Schluß der Veranstaltung die immer größer werdende Menge Heilrufe auf den Führer ausbrachte, trat der Führer auf den Balkon des Hauses. Die vielen Tausende brachen in stürmische Heilrufe aus und sangen das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Zum Schluß schritt der Führer und Reichskanzler die Front der im Ehrenhof aufgestellten Abteilung Reichsmehr ab.

Der Dank der ausländischen Diplomaten

Der japanische Botschafter Nagai hat anlässlich des Abschlusses des Reichsparlaments nachstehendes Telegramm an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler gefandt: „Im Augenblick, wo wir Nürnberg verlassen, bitte ich im Namen der Vertreter der Staaten, die die Ehre gehabt haben, Gäste Eurer Excellenz gewesen zu sein, den Ausdruck des verbindlichsten Dankes für die Aufnahme entgegenzunehmen, die uns in so überaus freundlicher Weise zuteil geworden ist.“

Krieg um des Geschäftes willen

Rüstungsverhöre trotz diplomatischer Vorstellungen.

Washington, 13. September.

Vorstellungen verschiedener nichtgenannter Regierungen, darunter wahrscheinlich Englands, wegen der Verhörung des Senatsausschusses zur Untersuchung der Rüstungsinflation veranlassen den Vorsitzenden des Ausschusses, Senator Hyde, nach einer Besprechung mit Staatssekretär Hughes zu der Erklärung, daß sich der Ausschuß nicht notwendigen weise die von den Zeugen geäußerten Ansichten zu eigen mache, daß jedoch das Verhör ohne Rücksicht auf Namen und Verhältnisse weitergehe.

Zuletzt wurden Zeugen über das Geschäftsvergehen der Flugzeugfirmen vernommen. Außer den schon üblichen Befragungen ergab sich aus ihren Aussagen, daß sich der mexikanische Präsident Rodriguez den Flugzeugankauf für die mexikanische Regierung persönlich vorbehält und daß sich nordamerikanische Firmen in Mexiko, Bolivien und Chile einflußreicher Regierungsbeamter als Verkaufsagenten bedienen, und den in Aussicht stehenden Friedensschluß zwischen Bolivien und Paraguay stark bedauern.

Regelung der Außenwirtschaft

Die neuen Vorschriften

Ueber die künftige Regelung der deutschen Außenwirtschaft sprach in Vertretung des mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums beauftragten Reichspräsidenten Dr. Schacht Ministerialdirektor Sartorius von den Vertretern der deutschen Presse. Sartorius u. a. aus: In seiner Leipziger Rede vom 26. August hat der mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte Reichspräsident Dr. Schacht die Notwendigkeit einer Neuregelung der deutschen Außenwirtschaft dargelegt und die Grundzüge einer solchen Neuregelung entwickelt. Er hat gleichzeitig angefügt, daß die zuständigen Stellen damit befaßt seien, die Methoden auszuwerfen, um unsere Einfuhr in Uebereinstimmung mit unseren Zahlungsmöglichkeiten zu bringen.

Diese Absichten sind nunmehr abgeschlossen. Die Neuregelung, die ein einheitliches Ganzes darstellt, ist in fünf Verordnungen und Erlässen niedergelegt. Die Neuregelung sieht folgendes vor: Zu den bereits bestehenden 11 Ueberwachungsstellen treten 10 neue Ueberwachungsstellen hinzu. Ferner werden vier Reichsstellen für landwirtschaftliche Erzeugnisse — unter Beibehaltung ihrer bisherigen Aufgaben — als Ueberwachungsstellen bestimmt, so daß die Zahl der Ueberwachungsstellen sich nunmehr auf 25 beläuft. Der seit März d. J. beschrittene Weg, einen immer größeren Kreis von Einfuhrwaren in die Ueberwachung einzubeziehen, hat mit dieser Regelung seinen Abschluß gefunden, indem nunmehr alle Einfuhrwaren zu „überwachten“ Waren werden.

Auf Grund der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung werden die Ueberwachungsstellen mit Wirkung vom 24. September d. J. ab, soweit die Bezahlung der Einfuhr von Waren aus dem Ausland in Frage steht, an Stelle der Devisenstellen Organe der Devisenbewirtschaftung. Sie unterstehen in dieser Hinsicht der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung. Die Ueberwachungsstellen erteilen vom 24. September d. J. ab für Einfuhrgegenstände Devisenbescheinigungen, die den Zollstellen bei der Abfertigung der Einfuhrwaren vorzulegen sind und in Verbindung mit einer von der Zollstelle auszustellenden Bescheinigung zur Leistung von Zahlungen für die Einfuhr berechtigen. Nur wer im Besitz einer solchen Devisenbescheinigung ist, kann damit rechnen, daß er die Möglichkeit der Bezahlung der Einfuhr erhält. Die bisher von den Devisenstellen für die Bezahlung der Einfuhr erteilten Devisengenehmigungen und das nur als Uebergangsregelung gedacht gewesene bisherige Reparatursverfahren fallen weg.

Die Einfuhr von Waren, für die eine Devisenbescheinigung nicht erteilt ist, ist nicht verboten; jedoch kann der Einfuhr unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinesfalls damit rechnen, daß er die Möglichkeit der Bezahlung in absehbarer Zeit erhält. Um zu verhindern, daß Zahlungen unter Verstoß gegen die Devisenbestimmungen erfolgen, sind die Zollstellen angewiesen, Einfuhren ohne Devisenbescheinigung der zuständigen Ueberwachungsstelle zu melden. Um nach Möglichkeit die gesamte Einfuhr durch die Ueberwachungsstellen zu erfassen, wird die Freigrenze von 50 RM, soweit die Bezahlung der Wareneinfuhr in Frage steht, auf 10 RM herabgesetzt.

Auf der anderen Seite ist für gewisse Einfuhren von minderer Bedeutung eine Sonderregelung getroffen worden. Soweit in diesen Fällen eine Zahlung über die Freigrenze von 10 RM hinaus geleistet werden muß, bleiben die Devisenstellen auch weiterhin für die Erteilung von Genehmigungen zuständig.

Neben Devisenbescheinigungen, die zur sofortigen Bezahlung der eingefuhrten Waren berechtigen, werden auch Devisenbescheinigungen, bei denen die Bezahlung der eingefuhrten Waren erst später erfolgt, in Form von verbindlichen Zulagen erteilt werden. In welchem Umfang Devisenbescheinigungen von den Ueberwachungsstellen ausgestellt werden können, wird laufend von dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft — von jedem für seinen Geschäftsbereich — im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium festgestellt werden.

Devisenbescheinigungen sind auch dann erforderlich, wenn die Einfuhr in Reichsmark oder Zahlungs- und Verrechnungsabkommen bezahlt wird. Es ist Vorzorge getroffen, daß bei der Ausstellung von Devisenbescheinigungen den vertraglichen Bindungen, die Deutschland gegenüber dem Ausland eingegangen ist, Rechnung getragen wird. Anträge auf Erteilung von Devisenbescheinigungen sind an die für die einfuhrführende Ware zuständige Ueberwachungsstelle zu richten. Bei Waren, die handelsüblich durch den Einfuhrhandel eingeführt werden, werden die Devisenbescheinigungen, soweit die Einfuhr nicht zentral erfolgt, grundsätzlich nur an den Einfuhrhändler abgegeben. Darüber hinaus ist auch bei anderen Waren vorgesehen, daß die Devisenbescheinigung auf einen Einfuhrhändler ausgestellt werden kann.

Bei der Erteilung der Devisenbescheinigungen für Rohstoffe und Halbfabrikate wird oberer Grundsatze sein, daß die Versorgung des Exportes mit den erforderlichen Rohstoffen und Halbfabrikaten unter allen Umständen sichergestellt wird. Zu diesem Zweck werden Anträge, bei denen die einfuhrführende Ware in verarbeitetem Zustande wieder ausgeführt wird, vor allen anderen Anträgen berücksichtigt.

Alle diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, daß das größtmögliche Maß an Sicherheit für die Bezahlung der Einfuhr geschaffen wird. Außerdem bewirkt die Neuregelung, die kaufmännische Initiative auf dem Gebiet der Kompensationsgeschäfte in größerem Umfang zur Entfaltung zu bringen. Um die Durchführung derartiger Geschäfte durch eine beschleunigte Erteilung der erforderlichen Genehmigungen zu fördern, ist durch Rundverfügung ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren in Kraft gesetzt worden. Mit der Erteilung der Genehmigung werden vom 24. September d. J. ab die Ueberwachungsstellen beauftragt werden.

Internationale Polizei überflüssig

Eingabe der Deutschen Front an den Völkerverbund

Der Landesleiter der Deutschen Front und die Fraktion Deutsche Front des Landessrats des Saargebietes haben an den Völkerverbund ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Der Präsident der Regierungskommission hat dem hohen Rat des Völkerverbundes nachdrücklich berichtet, die Lage im Saargebiet erfordert es dringend, ihm internationale Polizeitruppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet zur Verfügung zu stellen.

Die Deutsche Front im Saargebiet hat gegen diese Maßnahme stets protestiert, da sie geeignet sei, Schwierigkeiten zu schaffen, die heute nicht vorhanden sind.

Sodann hat die Deutsche Front auch Einwendungen zu machen gegen die Art, wie die im Saargebiet verfügbaren Polizeikräfte zur Zeit verwendet werden. Wenn nach dem eigenen Bericht des Präsidenten Knog vom 12. März 1934 rund ein Drittel der staatlichen Polizeikräfte der Stadt Saarbrücken im Verhältnis verwendet wird, so müssen wir diese Art der Dienstverteilung beanstanden. Auch bei den Landjägern sind große Abkommandierungen zur Lohn- und Verkehrsverkontrolle, als Wächter bei der Direktion des Innern, im Ordnungsamt, bei den Amts- und Landgerichten und bei anderen Behörden zu verzeichnen.

Bei einer ganzen Reihe von amtlischen Stellen leisten Landjäger lediglich Portierdienste.

Es dürfte daher bei einer Umgruppierung nicht schwierig sein, eine ganz erhebliche Zahl von Polizeikräften für den eigentlichen Polizeidienst frei zu machen.

Die Schwierigkeiten hinsichtlich der Polizei des Saargebietes liegen unserer Auffassung nach nicht darin, daß die Polizeikräfte nicht geeignet wären, sondern darin, daß dort allen Dingen bei der staatlichen Polizei in Saarbrücken ungeeignete Kräfte mit der Führung betraut worden sind. Wir haben mehr als einmal auf die Tatsache hingewiesen, daß Präsident Knog Emigranten wie Nazis und Kugel mit maßgebenden Funktionen der Polizeileitung betraut hat. Uns ist inzwischen die Tatsache bekannt geworden, daß der Emigrantenkommissar Nazis noch am 9. November 1933 für den französischen Spionagedienst arbeitete und außerdem bereits am 1. Dezember vorigen Jahres mit seiner jetzigen Funktion bei der staatlichen Polizei in Saarbrücken betraut wurde. Im übrigen stellt sich, daß die beiden Emigrantenkommissare Nazis und Kugel bei führenden Leuten des französischen Spionagedienstes in Jordan heute noch regelmäßig nachweis und ausgehen. Hiermit ist wohl der einwandfreie Nachweis erbracht, daß die beiden Genannten sich in ihren Dienstverhältnissen von Gesichtspunkten leiten lassen, die zu ihrer Dienstpflicht, Ruhe und Ordnung im Saargebiet aufrechtzuerhalten, in scharfem Widerspruch stehen. Die Verwendung derartiger Elemente bei der Hausordnung bei der Deutschen Front, auf deren Unmöglichkeit wir bereits in der letzten Deutschrift hinwiesen, wird dadurch in ein merkwürdiges Licht gerückt.

Vor einigen Wochen ist der englische Staatsangehörige Mr. Hemley zum Leiter der gesamten Polizeikräfte des Saargebietes ernannt worden. Wir haben die Hoffnung, daß durch diese Maßnahme nicht nur eine Besserung des Einflusses der Polizei zu vernünftigeren Zwecken herbeigeführt wird, sondern daß Herr Hemley auch eine den augenblicklichen Verhältnissen entsprechende andere Verwendung der vorhandenen Gendarmen und Polizeikräfte vornimmt.

Bei den im Saargebiet herrschenden Verhältnissen ist es sicher eine Kleinigkeit, reichlich Arbeitskräfte für geeigneten Erfüllung derjenigen Aufgaben zu finden, für die jetzt Polizeikräfte und Gendarmen verwendet werden.

Den Einwand des Präsidenten Knog, daß die Zahl der Polizeikräfte nicht ausreiche, dürfen wir mit dem Hinweis beantworten, daß in Luxemburg, einem Lande, das über eine sehr starke Industriebeförderung verfügt und daher in ungefähr der gleichen Lage ist wie das Saargebiet, auf 135 Einwohner ein Polizist oder Gendarm kommt, während im Saargebiet schon auf 133,7 Einwohner ein Mann der staatlichen Polizei oder Gendarmen kommt. Hier ist nicht ein begriffen die kommunale Polizei, die durchaus nicht so unbedeutend und unzulänglich ist, wie Herr Präsident Knog behauptet. Denn es sind noch mindestens 300 Kommunalbeamte vorhanden, die ihren Dienst in durchaus befriedigender Form ausüben.

Wir bitten daher den hohen Rat des Völkerverbundes, zunächst alle Maßnahmen veranlassen zu wollen, welche geeignet sind, die vorhandenen Polizeikräfte zweckmäßig zu verwenden und die Führung auch in den mittleren Polizeistellen so zu gestalten, daß das Vertrauen der Bevölkerung und der unterstellten Beamten zu ihrer Führung wiederhergestellt wird.

Neuer Gewerkschafts-Scandal

Schwere Schädigung der saarländischen Metallarbeiter.

Saarbrücken, 12. September.

Auf Grund von schweren Vorwürfen, die gegen die Leitung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes erhoben worden sind, und für deren gerichtliches Nachweis die Beteiligten vor den saarländischen Gerichten jederzeit einzustehen bereit sind, haben sich verschiedene Vertreter des saarländischen Christlichen Metallarbeiter-Verbandes veranlaßt gesehen, das Verbandsbüro in Saarbrücken zu verlassen, um die weitere Verschleppung der von den Mitgliedern mühsam aufgetragenen Beiträge und des Vermögens zu verhindern.

Die bisherige Verbandsleitung rief die Polizei, die das Büro verließ. Es wurde eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Saarbrücken erwirkt, in der dem bisherigen Leiter des Verbandes, Otto Bid, bis zur Entscheidung der einberufenden ordentlichen Mitgliederversammlung die Geschäftsführung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes am Saargebiet und die Vertretung nach außen hin entzogen wird. Bid wird weiter unterlag, irgendwelche Handlungen im Namen des Verbandes vorzunehmen, und es wird ihm aufgegeben, die in seinem Besitz befindlichen Gegenstände des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes im Saargebiet, insbesondere Urkunden, Schlüssel und Vollmachten, an den gerichtlich bestellten Geschäftsführer Josef Kehler in Quirfeld herauszugeben. Bis zur Bestimmung eines neuen Verbandsleiters durch die ordentliche Mitgliederversammlung wird Josef Kehler als vorläufiger Leiter des Verbandes bestellt.

Bid wird vorgeworfen, das Verbandsvermögen unter persönlicher Bereicherung schwer geschädigt zu haben. Im übrigen hat Bid, der im Sommer dieses Jahres dem internationalen Gewerkschaftskongress in Montreux bewohnte, nach einem von ihm gehaltenen Vortrag eine Entschuldigungsbrücke, in der der „Schuß“ der dort vertretenen Mächte für den saarländischen Arbeiter nach der Rückgliederung gefordert wurde. Beim Internationalen Arbeitsamt in Genf legte er sich gemeinsam mit den Marxisten in einer Entschuldigungsbrücke für den Schutz der saarländischen Arbeiter durch das Internationale Arbeitsamt nach der Rückgliederung, ein.

Kampf gegen das Memeldeutschtum

Utaufseher Schilderturn.

Das widerrechtlich eingeleitete litauische Direktorium des Memelgebietes hat eine Polizeiverordnung erlassen, die eine neue Unterdrückung der deutschen Sprache und gleichzeitig eine schwere Belastung der memelländischen Gesellschaft darstellt.

Nach dieser Polizeiverordnung müssen alle öffentlich ausgestellten Geschäftsschilder, Firmenschilder und Bekannt-

machungen sowohl in der Stadt Memel als auch in den Landkreisen an erster Stelle einen „einwandfreien Text in der litauischen Staatssprache“ tragen. Die Verordnung muß bis zum 15. Oktober durchgeführt sein. Das bedeutet, daß bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche deutsch-memelländischen Geschäftsleute und sonstige Unternehmungen ihre Schilder erneuern sollen und daß es rein deutschsprachige Schilder und Bekanntmachungen in Zukunft nicht mehr geben soll. Zuwiderhandlungen werden mit hohen Strafen bestraft.

Durch die Verordnung ist erneut die Bestimmung des Memelstatuts, wonach die deutsche und die litauische Sprache gleichberechtigt sind, sich also jeder Memelländer nach seinem eigenen Ermessen der ihm zuzulassenden Staatsprache bedienen kann, größtenteils verliert worden. Darüber hinaus stellt die Erneuerung der Schilder — ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Belastung — die memelländische Gesellschaft vor eine kaum zu lösende Aufgabe, da die übergrößen Mehrzahl der Memelländer die litauische Sprache nicht beherrscht und die wenigen litauischsprachigen Geschäftsleute auch nur das sogenannte memelländische Litauisch sprechen, das sich von der in Litauen gebräuchlichen Staatssprache weitgehend unterscheidet.

Generaldebatte in Genf

Schuldfrage über Österreichs Mission.

An der Generaldebatte der Völkerverbundversammlung, die nunmehr in Gang gekommen ist, befaßte sich der österreichische Bundeskanzler Schulzinnig mit längerer Ansprache mit der Politik seines Vorgängers Dr. Dollfuß und mit der Mission Österreichs. Österreich, so erklärte er, sei ein Brennpunkt des europäischen Gedankens. Er wolle nicht darauf eingehen, ob es richtig war, das heutige Österreich zu schaffen, jedoch feststellen, daß Österreich in seinem gegenwärtigen Zustande aufrechterhalten werden müsse, und zwar nicht nur in seinem eigenen Interesse. Seine Regierung sei fest entschlossen, diese Unabhängigkeit zu verteidigen. Österreich sei lebensfähig, wenn man ihm erlaube zu leben. Bundeskanzler Schulzinnig behandelte dann noch die Verfassungsänderung in Österreich und bestritt, daß es sich um eine Diktatur handele.

Weiter verries er auf die Wirtschaftskrise in Österreich. Was die Zustände betreffe, seien die Kämpfe im Februar und im Juli mit illegalen Waffen durchgeführt worden, über deren Herkunft er nicht sprechen wolle.

Nachdem Bundeskanzler Schulzinnig noch weiter auf die Handels- und wirtschaftspolitische Lage in Österreich eingegangen war, kam er noch einmal auf die von ihm verfolgte Idee der besonderen Mission Österreichs zurück. Er erklärte: Wenn sein Land sich allen terroristischen Drohungen widersetze, verteidige Österreich nicht nur die Interessen des Zweiges des deutschen Stammes, den es seit Jahrhunderten schütze, sondern es diene in Wahrheit auch dem Frieden der Welt. Zum Schluß bat Schulzinnig die Völkerverbundversammlung um Verständnis und Hilfe für sein Land.

Während Schulzinnig für den größten Teil seiner Rede sich der deutschen Sprache bediente, ging er bei den Abschlüssen, auf die er besonderen Wert legte, zwischen durch ins Französisch über.

Selbstmordversuch des Ozeanfliegers Levine

New York, 13. September. Charles Levine, der als erster Ozeanflugzeugpassagier mit Clarence Chamberlin im Juni 1927 nach Berlin flog, wurde in der Küche der Wohnung eines Freundes im Stadtteil Brooklyn neben fünf geöffneten Gasbehältern bewußlos aufgefunden. Auf einem Tisch lagen drei Briefe, von denen der eine an seinen Freund gerichtet war. Das Schreiben beginnt mit den Worten: „Ich kann einfach nicht mehr weiterleben“. Levine wurde von einem Polizeiarzt aus seiner Bewußtlosigkeit geweckt und ins Krankenhaus gebracht. Er dürfte wiederbeseitigt werden.

Spangenberg Tonfilmtheater

Sonnabend und Sonntag pünktl. 8.30 Uhr abds

Das häßliche Mädchen

mit gutem Beiprogramm.

In das Handelsregister Abteilung B. ist bei der Firma W. Voelme Aktiengesellschaft in Spangenberg (Nr. 6 des Registers) am 4. September 1934 folgendes eingetragen:

- 1) Die Prokura des Prokuristen Karl Wolmar zu Spangenberg ist erloschen.
- 2) Dem Angestellten Horst Voelm zu Spangenberg ist Prokura erteilt, daß er die Firma gemeinsam mit einem anderen Prokuristen zu vertreten berechtigt ist.

Amtsgericht Spangenberg.

Betrifft: Kreisfeuerwehrtag

Am Sonntag, dem 16. 9. 1934 findet in Gurgagen der diesjährige Kreisfeuerwehrtag statt. Da eine Reihe von Fragen über die Neuorganisation des Feuerlöschwesens behandelt wird, erwarde ich, daß alle Bürgermeister an der Tagung teilnehmen.

Melfungen, den 11. September 1934

Der Landrat:

von Gurgagen.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Frauenhilfe.

Die Teilnehmerinnen für das Kreistreffen in Heinebach wollen sich bei Frau Siebert Burgh. bis Sonnabend anmelden. Abfahrt Sonntag 1,15 Fahrpreis 1,20.